



9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Gremium: Rechnungsprüfungsausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 03.09.2020, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.08.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Transparenz bei kommunalen Ausschreibungen Fraktion Freie Demokraten
20/SVV/0847

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

Nicht öffentlicher Teil

- 5 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.08.2020

- 6 Prüfungsbericht 20190033 - Erhebung von Verwaltungsgebühren/Entgelten im Fachbereich Kataster und Vermessung Rechnungsprüfungsamt

- 7 Prüfungsbericht 20190033.001 - Prüfung der Einnahmekasse im Fachbereich Kataster und Vermessung Rechnungsprüfungsamt

- | | | |
|----|--|----------------------|
| 8 | Prüfungsbericht 20200022 - Kita-Finanzierung
Betriebskostenabrechnungen 2017 und 2018 | Rechnungsprüfungsamt |
| 9 | Mitteilungen des Rechnungsprüfungsamtes | |
| 10 | Sonstiges | |



Niederschrift 8. öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 13.08.2020
Sitzungsbeginn: 18:03 Uhr
Sitzungsende: 18:27 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD
Herr Pete Heuer SPD
Frau Wiebke Bartelt Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jens Dörschel Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer DIE LINKE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Günter Anger CDU in Vertretung für Herrn Friederich
Herr Steffen Pfrogner DIE aNDERE i. V. für Herrn Boede

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Götz Thorsten Friederich CDU entschuldigt
Herr Lutz Boede DIE aNDERE entschuldigt
Herr Daniel Friese AfD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

Gäste:

Herr Chaled-Uwe Said, Fraktion AfD
Herr Andreas Menzel, BVB/Freie Wähler (Teilnahme ab TOP 3)
Frau Sylvia Hofmann, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes
Frau Claudia Zerbe, Prüferin im Rechnungsprüfungsamt

Schriftführerin:

Frau Rüniger, Rechnungsprüfungsamt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.05.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Sitzungskalender 2021
Vorlage: 20/SVV/0524
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4 Überweisung aus dem Hauptausschuss
- 4.1 Ausschusszuständigkeitsordnung
Vorlage: 20/SVV/0514
Fraktionen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.05.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend, damit ist der Rechnungsprüfungsausschuss **beschlussfähig**.

Nachrichtlich:

Von der Fraktion AfD war Herr Said anwesend. Die Teilnahme von Herrn Said als Stellvertreter für Herrn Friese wurde vor der Sitzung nicht angezeigt. Nach Rücksprache mit dem Büro der Stadtverordnetenversammlung wird die Anwesenheit von Herrn Said deshalb als Gast und nicht als stellvertretendes Ausschussmitglied gewertet.

Die Ladung erfolgte **ordnungsgemäß**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.05.2020 gibt es keine Einwendungen; sie wird **bestätigt**.

Die vorliegende Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung wird **bestätigt**.

zu 3 **Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Sitzungskalender 2021**

Vorlage: 20/SVV/0524

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses weist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandten Änderungsvorschläge hin, begründet die gemeinsam mit dem Rechnungsprüfungsamt vorgeschlagenen Sitzungstermine und stellt diese zur Diskussion: 18.02.2021, 18.03.2021, 20.05.2021, 17.06.2021, 09.09.2021, 07.10.2021, 11.11.2021, 09.12.2021.

Herr Heuer weist auf die Zielstellung der ursprünglichen Termine hin; es sei insbesondere eine maximale Entflechtung und die Vermeidung von Mehrfachtagungen angestrebt worden. Er schlägt vor, die Sitzungstage so zu wählen, dass der Rechnungsprüfungsausschuss nicht am gleichen Tag zusammen mit einem anderen Ausschuss tagt, damit die Teilnahme der Mitglieder und/oder stellvertretenden Mitglieder sowie von Gästen der Verwaltung gewährleistet werden kann. Als Beispiel führt er die diesjährigen Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses statt.

Ab 18:13 Uhr nimmt der Stadtverordnete Menzel, BVB/Freie Wähler, an der Sitzung teil.

Nach einer kurzen Diskussion einigen sich die Mitglieder auf folgende **Änderungen** der Sitzungstermine des Rechnungsprüfungsausschusses:

21.01.2021
11.03.2021
29.04.2021
10.06.2021
02.09.2021
07.10.2021
11.11.2021
09.12.2021.

Abstimmung:
einstimmig angenommen.

Im Anschluss wird über die geänderte Drucksache abgestimmt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2021 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **8**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **0**

zu 4 Überweisung aus dem Hauptausschuss

zu 4.1 Ausschusszuständigkeitsordnung

Vorlage: 20/SVV/0514

Fraktionen

Frau Hofmann verliest den von Herrn Heuer im Hauptausschuss am 24.06.2020 eingebrachten Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes zur Änderung der Ausschusszuständigkeitsordnung und begründet diesen:

„Im § 5 Ziff.5 (Angelegenheiten des Hauptausschusses) ist aufzunehmen:

- „Angelegenheiten nach Haushaltssatzung, insbesondere über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, bei Dringlichkeit auch ohne Vorberatung im Ausschuss für Finanzen.“

Nach § 70 BbgKVerf ist die Zuständigkeit für erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in der Haushaltssatzung zu regeln. Die Haushaltssatzungen sehen eine Zuständigkeit des Hauptausschusses, nicht aber des Ausschusses für Finanzen vor.

Im Ergebnis der Diskussion über die Zuständigkeiten des Hauptausschusses, Wahrnehmung der Informationspflicht der Verwaltung zur Finanzlage im Finanzausschuss sowie über die zeitliche Dringlichkeit als Grund für die Unabweisbarkeit von Aufwendungen und Auszahlungen empfiehlt Herr Dr. Wegewitz, § 9 (Ausschuss für Finanzen) zu ändern.

Herr Dr. Wegewitz bringt folgenden **Änderungsantrag** ein und begründet ihn:

§ 9 Satz 1 Spiegelstrich 3:

~~„erhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben gemäß Haushaltssatzung,“~~

ist zu streichen.

Abstimmung:
einstimmig angenommen

Die so geänderte Drucksache wird zur Abstimmung gestellt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ausschusszuständigkeitsordnung als Anlage zur Geschäftsordnung (gemäß Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

keine



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

20/SVV/0847

öffentlich

Betreff:

Transparenz bei kommunalen Ausschreibungen

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum 04.08.2020

Eingang 502: 04.08.2020

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
19.08.2020	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Offenlegung und Transparenz die Erstellung eines Ausschreibungskalenders für sich wiederholende/fortlaufende Leistungen der Landeshauptstadt Potsdam mit folgenden Rahmendaten zu veranlassen:

1. Auflistung aller sich wiederholenden Ausschreibungen mit einem Gesamtvolumen von über 150.000 EUR
2. Auflistung bestehend aus:
 - Zugeordneter Geschäftsbereich
 - Ansprechpartner in der Verwaltung mit Kontaktdaten (E-Mail)
 - Leistung/Aufgabenfeld
 - Gesamtvolumen

Die Auflistung ist mit einem Vorlauf von mindestens einem Jahr vor Ende der laufenden Ausschreibung zu aktualisieren. Eine aktualisierte Auflistung ist den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung monatlich zur Verfügung zu stellen.

gez.
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Rahmen der Transparenz und ggf. Einflussnahme auf Faktoren von wichtigen Ausschreibungen ist eine rechtzeitige Kommunikation an alle Stadtverordneten sicherzustellen. So wurde z.B. am 26.05.2020 im Ausschuss Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion über die Ausschreibung zur Vergabe der Leistung einer Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen informiert. Das Gesamtvolumen des Auftrages beträgt ca. 850.000 EUR. (<https://egov.potsdam.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=132158>)

Die Bitte um Zurverfügungstellung des geplanten Ausschreibungstextes wurde am 10.06.2020 seitens der Verwaltung mit dem Verweis auf die geplante Zeitschiene unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung abgelehnt. Aus diesem Grund ist eine transparente und auf ausreichend zeitlichem Vorlauf basierende Übersicht über geplante Ausschreibungen unerlässlich.